

+++ Auch 2010 Leipzig dienen +++ Luftreinhalteplan – ein Schauermärchen in zwei Akten +++
CDU-Fraktion will Bonew als Finanzbürgermeister +++

Auch 2010 Leipzig dienen

Von Ursula Grimm, Fraktionsvorsitzende

Erst vor wenigen Wochen hat sich der neue Leipziger Stadtrat konstituiert.

Die Erwartungen der Bürgerschaft an ihre gewählten Kommunalvertreter sind hoch. „Was können wir leisten“ und vor allem „was können wir uns leisten“ in Zeiten immer knapper werdender finanzieller Mittel?

Über allem steht immer noch die Wirtschafts- und Finanzkrise mit all den Problemen, die sie mit sich bringt.

Und die Auswirkungen machen leider auch vor Leipzig nicht halt.

Um so schwieriger wird es in den nächsten Jahren werden, unsere schöne Stadt weiter zu entwickeln als Wirtschaftsstandort, als Medien-, Wissenschafts- und Kultur-Standort, und vor allem als eine familienfreundliche Stadt, in der man gern lebt.

Dieser großen Herausforderung will sich die CDU-Fraktion auch im nächsten Jahr gern stellen und Verantwortung für unsere Stadt übernehmen.

Von Gustav Knuth gibt es den Satz: „Erfolg ist eine Chance, verpackt in harte Arbeit“. Wir wollen in einem streitbaren, aber fairen und konstruktiven Miteinander von Verwaltung und Fraktionen diese harte Arbeit tun und nach Wegen und Lösungen suchen, um Entscheidungen zu treffen, die **nachhaltig** dem Wohle dieser Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern dienen. In diesem Sinne wünsche ich allen Bürgerinnen und Bürgern ein gesegnetes



Ursula Grimm

Weihnachtsfest, besinnliche Feiertage sowie alles Gute für 2010.

Luftreinhalteplan - Ein Schauermärchen in zwei Akten

Von der Alleinzuständigkeit und der Schuld anderer

Dr. Sabine Heymann, Stv. Fraktionsvorsitzende

Die Alleinzuständigkeit!

Es bestreitet keiner, dass die Stadt Leipzig zuständig ist für die Luftreinhalteplanung und dass den Anforderung der EU zur Einhaltung der Grenzwerte Rechnung getragen wird.

Innerhalb dessen ist aber doch ein umfanglicher Spielraum gegeben, der normaler Weise nicht durch Gerichte zu erstreiten sein sollte.

Das Verwaltungsgericht hat sich übrigens recht gründlich mit der Sach- und Rechtslage beschäftigt und ist (leider) zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich entgegen unserer Argumentation um eine Weisungsaufgabe handelt, die nicht dem Gemeinderat obliegt. Doch das Verwaltungsgericht hat auch wörtlich Folgendes ausgeführt: „Allerdings wird ein Oberbürgermeister – in politischer Hinsicht – gut beraten sein, wenn er ein derart komplexes Vorhaben wie den Luftreinhalteplan im Stadtrat beraten lässt.“

Für eben diese Beratung nutzt man ein Beteiligungsverfahren, welches dezidiert von der EU gefordert wird. Ein Beteiligungsverfahren, welches nicht heißt informieren kurz vor Toreschluss, sondern rechtzeitiges Abholen und Einholen von Expertenmeinungen und –kenntnissen.

Experten haben wir eigentlich in Leipzig zahlreiche:

- zu den wirtschaftlichen Auswirkungen, die Kammern
- zu den Auswirkungen auf den Alltag der Einwohner, die Stadträte, die Verbände

das hat eigentlich jede Stadt - doch Leipzig hat noch mehr:



- das Helmholtzzentrum für Umweltforschung in welchem fast die gesamte Palette der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu nachhaltiger Stadt- und Verkehrsentwicklung vorgehalten wird
- das Leibniz Institut für Troposphärenforschung, befasst sich mit physikalischen und chemischen Prozessen in der belasteten Troposphäre.
- das Institut für Meteorologie der Universität Leipzig
- sowie die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur mit ihrer Messtechnik



Dr. Sabine Heymann

Keine dieser Einrichtungen wurde im Rahmen der Erstellung des aktuellen Luftreinhalteplanes einbezogen. (Das UFZ war nur bei der Auswertung der Messstationen beteiligt, deren Werte aber für das dem Luftreinhalteplan zu Grunde liegende theoretische Modell nicht relevant sind.)

In einer Beteiligung, die nicht bei der Information und der Ab (oder Weg-) wägung von Stellungnahmen endet (und aufhört), sondern im Kern einen aktiven Austausch von Fach- und Bürgerexperten fördert, birgt sich die Chance der Erarbeitung von Alternativen aber auch der Sichtbarmachung der Handlungsgrenzen.

Man hat mutwillig die Chance einer rechtzeitigen und ergebnisoffenen Prüfung von Maßnahmen (inkl. Umweltzone), spätestens ab dem 01.08.2008 vergeben.

Die Schuld anderer!

Was war aber vor dem 01.08.2008? Da war zwar die Stadt nicht zuständig für die Erarbeitung des Luftreinhalteplanes, doch wohl aber für die Zuarbeit relevanter Daten. Genau dazu wurde sie laut

heutiger Landesdirektion Leipzig durch diese selbst, durch den Freistaat und das LfUG immer wieder aufgefordert.

Was geschah? Es geschah nichts! – Es wurde nur stereotyp wiederholt: Mit uns keine Umweltzone. Zugleich setzte man sich aber auch nicht aktiv mit dem damaligen RP auseinander, den Aktionsplan finanzierbar zu machen. Dieser stand unter Haushaltvorbehalt und wurde damit einfach nicht umgesetzt.

Es ist festzustellen, dass SMUL, LfUG, Regierungspräsidium Leipzig, Stadt Leipzig grundsätzlich fortwährend an der Fortschreibung 2007 / 2008 des

Luftreinhalteplanes gearbeitet haben. Jedoch nur dem Grunde nach, da es permanent an den dringend erforderlichen Zuarbeiten mangelte.

Im seinerzeit funktionierenden Umweltausschuss des RP Leipzig, wurde zumindest durch die Verbände immer wieder angemahnt, sich diesem Thema zu stellen. Insofern stimmt auch die Aussage nicht, dass die Bevölkerung erst heute munter wird. Auch die Kammern hatten noch im Anfang diesen Jahres angefragt, wie es um die Fortschreibung steht und ob die Umweltzone kommt. Antwort: Mit uns kommt die Umweltzone nicht. *Zu diesem Zeitpunkt hätten zumindest privat genutzte PKW im Zuge der Abwrackprämie erneuert werden können.*

Seit der Erarbeitung des ersten Luftreinhalteplanes geschieht dies nur in Abstimmung zwischen SMUL, RP, LfUG und Stadt. Somit entstand an allen Stellen die gleiche Aktenlage. Entgegen der Darstellung in der aktuellen Informationsvorlage gab es somit keinen Arbeitsstand der Fortschreibung durch des LDL zu übergeben. Wenn dies der Stadtverwaltung mangelhaft erscheint, dann liegt das vorrangig daran, dass zwischenzeitlich das Thema durch eben diese ausgesessen wurde.

Wie haben es andere gemacht?

Dresden zum Beispiel hat fortwährend an der Fortschreibung gearbeitet und im Sommer 2008 einen LRP vorgelegt, der mit kleiner Umweltzone mehr als 2.000 Einwohner potenziell ungeschützt lässt. Dieses Vorgehen hat einerseits für die Wirtschaft schon zeitiger das Signal gesetzt, sich mit dem Thema Umweltzone zu befassen und andererseits Zeit gegeben, bis Mitte 2010 den LRP (übrigens unter Beteiligung des Stadtrates) zu überarbeiten, in dem eine Umweltzone für ganz Dresden nun offen und unaufgeregter diskutiert werden kann. Dabei setzt sich der dortige Umweltbürgermeister für Förderprogramme für die betroffene Wirtschaft und Modellprojekte (wie Elektromotorisierung und Verkehrsreduzierung, die ggf. die UZ doch noch unnötig machen könnten) aktiv ein.

Was ist nun die Moral der Geschichte?

Stadtverwaltung und Stadtrat sind zuständig für das Wohl der Bevölkerung Leipzigs und den Erhalt der Wirtschaftskraft Leipziger Unternehmen.

- In diesem Sinne hat man nicht Zeit für die Klärung von Schuldfragen und Zuständigkeitsfragen zu verschwenden sondern kreativ für Lösungsfindungen im gesetzlichen Rahmen einzusetzen.
- In diesem Sinne sind alle relevanten Akteure und Wissensträger zu beteiligen, über den Grad der Information hinaus, um zu klären was das Wohl Leipzigs ist und welche alternativen Wege es gibt, dieses zu sichern.
- In diesem Sinne haben Stadtverwaltung und Stadtrat in jeder Angelegenheit gemeinschaftlich Optionen des Handelns abzuwägen. (Wobei letzte Zuständigkeiten nicht in Frage gestellt werden.)

Um künftig in diesem Sinne auch wirklich handeln zu können, sollten wir Stadträte alle Kraft daran setzen die Allzuständigkeit des Stadt- und

Gemeinderates ausdrücklicher in der Sächsischen Gemeindeordnung festzuschreiben. *Wir werden entsprechend auf unsere Landtagsabgeordneten einwirken.*

Dies kann man (zu Recht) als Drohung empfinden, doch letztlich ist es wohl der einzige Weg normativ und gestaltend für Leipzig mitzuwirken.

+++++

CDU-Fraktion will Bonew als Finanzbürgermeister

Die CDU-Fraktion unterstützt einstimmig die Bewerbung Ihres Stv. Vorsitzenden Torsten Bonew für das Amt des Finanzbürgermeisters. Die Wahl soll zur Ratsversammlung am 20. Januar 2010 erfolgen.



+++++

Frohe Weihnachten!



Allen Lesern unseres Newsletters und den Freunden unserer Fraktion wünschen wir ein gesegnetes Weihnachtsfest und danken für die gute Zusammenarbeit. Für das Jahr 2010 wünschen wir Ihnen Gottes Segen, Gesundheit und Kraft.

